



MAI ZEITUNG

DUESSELDORF-BERGISCH-LAND.DGB.DE

Für den Frieden! Stopp der militärischen Invasion Putins! Sigrid Wolf, DGB-Regiongeschäftsführerin Düsseldorf Bergisch Land



Mit Schrecken und Angst erleben wir seit dem 24. Februar wie fragil unser friedliches Zusammenleben ist. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft herrscht Krieg. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen auf das Schärfste den Einmarsch Russlands in die Ukraine. Ob in der Ukraine oder in Russland – es sind vor allem die Menschen, die unter dem Krieg und seinen Folgen zu leiden haben. Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung stehen wir an der Seite der ukrainischen Bevölkerung. Den Menschen dort gilt unsere ganze Solidarität. Ihnen droht durch den brutalen Völkerrechtsbruch des russischen Staatspräsidenten unendliches Leid. Russland provoziert mit

der Eröffnung dieses Angriffskrieges sehenden Auges eine Eskalation militärischer Gewalt, die völlig außer Kontrolle geraten ist. Europa und die internationale Friedensordnung stehen am Rande eines Abgrunds.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die russische Regierung auf, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und deren territoriale Integrität wieder herzustellen.



DGB NRW setzt Zeichen | Foto: DGB

Wir rufen die Europäische Union und all ihre Mitgliedstaaten dazu auf, sich solidarisch an die



Seite der Menschen in der Ukraine zu stellen und ihnen alle humanitäre Hilfe zukommen zu lassen, die sie benötigen. Wir mahnen die Allianzpartner der

NATO, die Europäische Union und die Ukraine zur Besonnenheit. Eine Politik der Konfrontation, die der russischen Aggression militärische Drohgebärden entgegensetzt, heizt die Gefahr an, dass sich der bewaffnete Konflikt zu einem Flächenbrand entwickelt. Deeskalation ist das Gebot der Stunde! Alle Beteiligten, allen voran Russland, müssen die glaubwürdige Bereitschaft zeigen, zu einer Politik des Dialogs zurückzufinden! Wir brauchen eine kluge Entspannungspolitik, die den Sicherheitsinteressen aller Parteien Rechnung trägt und die Perspektive auf eine dauerhaft stabile gesamteuropäische Architektur für Frieden und Sicherheit eröffnet. Der deutschen Bundesregierung und der gesamten Europäischen Union kommt dabei eine zentrale Vermittlungsrolle zu.



Zukunft gerecht gestalten!

Landtagswahlen NRW 2022

Im Mai 2022 wählt NRW einen neuen Landtag. Unsere Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich in einem grundlegenden Wandel. Digitalisierung, Klimaschutz und neue globale Kräfteverhältnisse stellen uns unabhängig von der Corona-Pandemie und der weltpolitischen Lage vor große Herausforderungen.

Für uns Gewerkschaften ist klar: Um diesen Wandel gut zu gestalten, brauchen wir Mehrheiten für eine neue Politik. Für eine Politik, die gute Arbeits- und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt rückt, für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgt

und den ökologischen Wandel vorantreibt und sozial gestaltet. Und auch für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie gilt: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Lasten der Krise auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen abgeladen werden.

Schwerpunkte des DGB NRW

- die Förderung guter und fairer Arbeit,
- gute Bildung für alle,
- den Strukturwandel gerecht gestalten,

- Investitionen in Mobilität, Wohnen, Bildung und starke Kommunen und
- die Schaffung eines attraktiven öffentlichen Dienstes.

<https://nrw.dgb.de/landtagswahl.de>

Beschäftigte brauchen Stabilität und Sicherheit

Einen gerechten sozial-ökologischen Wandel, mehr Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und Investitionen im öffentlichen

Dienst, 12 Euro Mindestlohn und eine höhere Tarifbindung, gesellschaftliche Solidarität und Beschäftigtenschutz gehören zu den zentralen gewerkschaftlichen Themen des Jahres 2022.

Die Forderungen der Gewerkschaften wie die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes, die Verlängerung der Kinderkrankentage und die unbürokratische Unterstützung für Solo-Selbständige sowie zahlreiche Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen waren und sind wichtige Bausteine für mehr Sicherheit und Stabilität.

Fortsetzung DGB-Initiative „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch!“

Im Februar 2020 hat der DGB Bundesvorstand die Initiative „Vergiss nie - hier arbeitet ein Mensch!“ ins Leben gerufen. Diese Kampagne richtet sich gegen Gewalt im Öffentlichen Dienst und im privatisierten Sektor.

Die Zahlen von Angriffen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bahn steigen weiter. Das gilt für Rettungskräfte, Feuerwehrleute oder Beschäftigte

der Ordnungsämter, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von öffentlichen Verkehrsbetrieben und Entsorgungsunternehmen, Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte in Jobcentern, Bürgerämtern, Bädern, bei den Gerichten und in Justizvollzugsanstalten.

Weitere Informationen unter www.mensch.dgb.de

Unser Fazit bleibt:

Gewalt ist für die, auf die sich unsere Gesellschaft täglich stützt, Alltag geworden. Diese Gewalt gegen Beschäftigte hört nicht von selbst auf. Wir müssen sie beenden. Deshalb hat der DGB die Kampagne für weitere 2 Jahre fortgesetzt. Unter dem Motto „Machen wir Gewalt sichtbar“ hat der DGB ein Meldeportal geschaltet. Auf einer Deutschlandkarte besteht die

Möglichkeit einzutragen, wenn es zu Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst kommt. Wir machen einen ersten Schritt. Denn je mehr wir über die Gewalt wissen, desto besser können wir für Verbesserungen kämpfen.

In der Region werden wir in diesem Jahr die Ausstellung in Dienststellen des Öffentlichen Dienstes zeigen und weiter auf diese Problematik aufmerksam machen!





Vom 1. März bis zum 31. Mai 2022 finden in ganz Deutschland Betriebsratswahlen statt. In zehntausenden Betrieben wählen die Beschäftigten ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Betriebsrat. Der Betriebsrat vertritt die Interessen der Arbeitnehmer*innen gegenüber Arbeitgebern – und sorgt für Mitbestimmung und Demokratie im Betrieb. <https://www.dgb.de/betriebsratswahl>

Sicher durch die Krise – mit Betriebsrat Betriebsratswahlen zwischen dem 1. März und 31. Mai 2022

Guido Grüning, DGB-Regionssekretär Düsseldorf Bergisch Land



Guido Grüning | Foto: Michael Tobias

Wie kaum eine andere Krise seit der Gründung der Bundesrepublik hat die aktuelle COVID-19 Pandemie in den Belegschaften für Existenzängste gesorgt, etablierte Arbeitsstrukturen verändert und die Grenzen zwischen Privat- und Arbeits-

sphäre verwässert. Unternehmen mit Betriebsrat sind besser durch die Krise gekommen. Schnell wurden Regelungen zur Kurzarbeit, zum Homeoffice und zum Hygiene- und Gesundheitsschutz vereinbart. So profitierten beispielsweise in Betriebsratsbetrieben 60% der Beschäftigten in Kurzarbeit von einer Aufstockung ihrer Bezüge, jedoch lediglich 32% der Kurzarbeitenden in Betrieben ohne Betriebsrat. Und: Das Instrument Kurzarbeit wurde in Betrieben mit Betriebsrat sehr viel häufiger angewendet und somit Arbeitsplätze gesichert. Auch beim Gesundheitsschutz profitierten Beschäftigte mit Betriebs-

rat. Hier waren oft schon vor der Pandemie Regelungen zum mobilen Arbeiten bzw. zum Homeoffice getroffen worden, um den Beschäftigten größere Flexibilitätsspielräume zu ermöglichen, sei es, um Aufgaben der Kinderbetreuung, aber auch der Pflege Angehöriger zu erleichtern, sei es, um Berufspendlern zu helfen, die aus der Distanz von Arbeits- und Wohnort resultierenden Belastungen zu reduzieren. Diese Vereinbarungen konnten in der Pandemie genutzt werden, um die Folgen der zeitweisen Schließung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen zu bewältigen. Darüber hinaus erweisen sie sich als ein Instrument des betrieblichen Gesundheitsschutzes

par excellence: Beschäftigte, die dem Betrieb fernbleiben, schützen sich und andere vor Ansteckung.

Die Zahlen sprechen auch hier für sich: In einer Umfrage bejahten 73% der Beschäftigten mit Betriebsrat, dass es betriebliche Regelung zum Homeoffice gibt, bei Beschäftigten ohne betriebliche Interessenvertretung waren es nur 43%.

Ist die Pandemie erst überwunden, stehen die betrieblichen Interessensvertretungen vor weiteren Herausforderungen. Die Digitalisierung und die beschleunigte Transformation der Wirtschaft werden den Arbeitsalltag der Betriebsräte



bestimmen. Daher kommen den Betriebsratswahlen, die in diesem Jahr zwischen dem 1. März und dem 31. Mai stattfinden, eine besondere Bedeutung zu.

Heute wissen wir, dass es den Beschäftigten in Unternehmen mit Betriebsrat nachweislich besser geht, Arbeitsplätze sicherer sind, Krisen besser bewältigt werden und die Unternehmen dabei wirtschaftlich sogar erfolgreicher sind. Dabei spielen Vereinbarungen zum betrieblichen Gesundheitsschutz eine ebenso wichtige Rolle, wie Weiterbildungs- und Qualifizierungs-

fragen. So haben rund 26% der Beschäftigten in Betriebsratsbetrieben während der Corona-Pandemie an Weiterbildungsmaßnahmen teilgenommen, in betriebsratslosen Betrieben waren es nur rund 16%. Letztlich trägt also die betriebliche Mitbestimmung dazu bei, die Qualifikation der Beschäftigten zu erhalten und zu stärken und damit ihre Chancen auf betrieblichen ebenso wie überbetrieblichen Arbeitsmärkten zu verbessern. Auch die Unternehmen profitieren von diesen Maßnahmen, weil sie

Produktivitätszuwächse realisieren können.

Fazit

Beschäftigte in Betrieben ohne betriebliche Interessensvertretung gehen oft leer aus, wenn es darum geht, Einkommensverluste zu kompensieren, Stellenabbau zu vermeiden, die Gesundheit am Arbeitsplatz zu schützen und Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu fördern. Die Einbeziehung einer starken Gewerkschaft zur Gründung neuer Betriebsräte ist

wichtig, da noch immer jede sechste Betriebsratsgründung massiv durch den Arbeitgeber behindert wird.

Und die Gewerkschaften schulen die Mitglieder des Betriebsrates. Damit diese sich erfolgreich für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen können. Und: Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben stärkt die Demokratie. Und auch das ist heute wichtiger denn je.

Reichtum umverteilen!

Klaus Churt, DGB-Regionssekretär Düsseldorf Bergisch Land

Es klingt unglaublich:

Die zehn reichsten Personen weltweit (darunter keine Frau) haben im Laufe der Corona-Pandemie ihr Vermögen von 700 Milliarden auf 1,5 Billionen US-Dollar mehr als verdoppelt. Das hat die Hilfsorganisation Oxfam berechnet.

Die zehn reichsten Deutschen konnten ihr Vermögen von etwa 125 auf 225 Milliarden Euro vergrößern, gewannen also 100 Milliarden Euro hinzu. Das ist nicht viel weniger als der Betrag, den alle deutschen Städte und Gemeinden zusammen genommen im Jahr 2020 an Steuereinnahmen zur Verfügung hatten. Mit 100 Milliarden Euro ließen sich auf einen Schlag zwei Drittel des kommunalen Investitionsrückstands beheben.

Während in den Kommunen aber jeder Euro zweimal umgedreht

werden muss und der Bundesfinanzminister Lindner schon wieder zu öffentlicher Sparsamkeit mahnt, profitieren jene, denen es ohnehin schon am besten geht: Bereits vor der Pandemie gehörte dem reichsten Prozent hierzulande fast ein Drittel des gesamten Vermögens.



Klaus Churt | Foto: Picture People

Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen können sich angesichts der Inflation zum Teil grundlegende Güter nicht mehr leisten, während

Vermögende mit spekulativen Finanzanlagen, Immobilien- und andere Preise hochtreiben. Gleichzeitig stehen den gewachsenen Privatvermögen enorme reale Investitionsbedarfe gegenüber - für bessere Infrastruktur, eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den ökologischen Umbau der Industrie etwa.

Deshalb muss der Reichtum umverteilt werden. Gerade hierzulande ist die Vermögensungleichheit größer als in vielen anderen Ländern. Gleichzeitig werden Vermögen in Deutschland so gering besteuert, wie in kaum einem anderen vergleichbaren Land. Um die Folgen der Coronakrise zu meistern, ist der Zeitpunkt gekommen, die Reichen in die Pflicht zu nehmen. Große

Unternehmen prellen die Gesellschaft um Steuern.

Jetzt muss ihr Reichtum dazu beitragen, dass sich die Armut im Land nicht weiter vergrößert.

Dazu gehört auch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Seit deren Aussetzung 1996 entgehen dem Staat rund 20 Milliarden Euro jährlich. Unternehmensdynastien vererben ihre Milliarden nahezu steuerfrei. All dieses Geld fehlt zur Finanzierung der sozialen Infrastruktur und für eine bessere Bezahlung der Beschäftigten in den sog. systemrelevanten Berufen.

Durch Rettungsaktionen vor allem für die Wirtschaft, höhere Arbeitslosigkeit und Steuerausfälle muss der Staat viel mehr finanzieren, während er gleichzeitig Einnahmen



verliert. Forderungen nach einem ausgeglichenen Staatshaushalt werden bald jene nach Corona-Soforthilfen und Konjunkturprogrammen überlagern. Wo kann gespart werden und wo gibt es Geld zu holen?



In der Wirtschaft und bei den Reichen kennt man die Antwort. Die Zeche sollen mal wieder wir zahlen;

all jene, die die wirklich wichtige Arbeit machen und die Gesellschaft durch die Krise tragen: Beschäftigte in Pflege- und Gesundheitsberufen, in Schulen und Kitas, beim Einzelhandel, auf dem Bau und in den Produktionsbetrieben.

Wir haben eine andere Antwort! Globale Konzerne prellen die Gesellschaft. Amazon, der größte Krisenprofiteur von allen, zahlt so gut wie keine Steuern; Immobilienkonzerne bereichern sich ungebremst auf Kosten der Mieter, die gerade jetzt jeden Cent zwei Mal umdrehen müssen.

Deshalb müssen

- Steueroasen abgeschafft werden!
- Unternehmen effektiv besteuert werden!

- Mieterrechte gestärkt werden!
- Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat!

Die Coronakrise hat das Elend einer jahrelangen Sparpolitik wie im Brennglas offengelegt. Hygienestandards können nicht eingehalten werden, weil in Kitas und Schulen Toiletten kaputt sind und der Personalbestand im öffentlichen Dienst zusammengeschrumpft wurde. Das muss schnell geändert werden: In Behörden, Schulen und anderswo braucht es mehr und besser bezahltes Personal. Die öffentlichen Investitionen in Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur, in Bildungswesen, Klimaschutz, bezahlbaren Wohnraum und die Transformation der Industrie müssen ausgeweitet werden. Die Kommunen brauchen eine

dauerhafte Entlastung und mehr Mittel, um lebenswert zu bleiben. Der DGB hat im letzten Jahr ein steuerpolitisches Gesamtkonzept vorgestellt – mit detaillierten und durchgerechneten Vorschlägen, um die Steuerbeiträge gerechter zu erheben. Dafür müssen wir jetzt gesellschaftliche Bündnisse und Mehrheiten schaffen, um Verteilungsgerechtigkeit durchzusetzen.



Informationen zum DGB-Steuerkonzept unter:

www.dgb.de/dgb-steuerkonzept

Warum Deutschland 12 Euro Mindestlohn braucht

Sigrid Wolf, DGB-Regionsgeschäftsführerin Düsseldorf Bergisch Land



Fakten zum Mindestlohn

Seit dem 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn -

- zunächst in Höhe von 8,50 Euro
- Die Mindestlohnkommission entscheidet regelmäßig über Anhebung

- über 6 Millionen Beschäftigte arbeiten derzeit für weniger als 12 Euro
- 22 Prozent der Ostdeutschen würden von einer Erhöhung auf 12 Euro profitieren
- Ungefähr 220 Euro netto mehr im Monat.

Zum 1. Oktober soll der Mindestlohn angehoben werden. Seit seiner Einführung ist der gesetzliche Mindestlohn zum Erfolg geworden. Allen Schreckensszenarien zum Trotz ist er kein Jobkiller. Im Gegenteil: seit seiner Einführung 2015 sind mehr Menschen in Arbeit, vor allem

die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat sich positiv entwickelt. Zudem sorgt der Mindestlohn für fairere Wettbewerbsbedingungen, denn einzelne Unternehmen können sich nicht länger Vorteile durch Lohn-Dumping verschaffen.

Tarifbindung stärken

Gewerkschaften erkämpfen gute Arbeit mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen. Doch leider nimmt die Zahl der Arbeitgeber seit Jahren stetig ab, die bereit sind, mit

Gewerkschaften Tarifverträge zu verhandeln. Die Folge: Niedrige Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen. Gerade für Beschäftigte in diesen Bereichen wird sich der Mindestlohn am stärksten auswirken.

Die flächendeckende Tarifbindung muss dringend gestärkt werden, damit mehr ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer von starken Tarifverträgen profitieren, die weitaus mehr Bezahlung regeln. Hier sind Arbeitgeber, Gewerkschaften und Politik gleichermaßen gefordert. Denn aus gewerkschaftlicher Sicht ist der Mindestlohn immer nur die zweitbeste Lösung.



Mindestlohn – keine Ausnahmen für Jugendliche unter 18 Jahren

Stella Rütten, DGB-Jugendbildungsreferentin DGB-Region Düsseldorf Bergisch Land



Stella Rütten | Foto: privat

Das Bundeskabinett hat am 23. Februar 2022 den Gesetzesentwurf zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung beschlossen. Darin wird der Mindestlohn zum 1. Oktober dieses Jahres auf 12 € angehoben, so dass über sechs Millionen Menschen davon profitieren können.

Es ist richtig, dass die neue Ampel-Regierung Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unangemessenen niedrigen Löhnen schützt und somit jede Arbeit den Respekt der Gesellschaft erhält. Doch wir möchten als DGB-Jugend auch auf eine der Ausnahmen aufmerksam machen, die wir als ungerecht empfinden. Uns ärgert es, dass Jugendliche unter 18 Jahren keinen Mindestlohn erhalten können. Es ist willkürlich und diskriminierend.



Studium Start | Foto: DGB-Jugend

Es gibt für uns keinen einzigen plausiblen Grund für diese Ungerechtigkeit.

Häufig wird angeführt, dass man junge Menschen damit verführe, direkt nach der Schule einen ungeeigneten Job anzunehmen. Für uns ist aber ganz klar: Egal wer die Arbeit macht, sie gehört entsprechend entlohnt. Abgesehen davon, sollten wir darüber nachdenken, dass der Mindestlohn nicht finanziell attraktiver sein darf als die Vergütung der Ausbildung.

Hierfür ist mit der Mindestausbildungsvergütung schon ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung gemacht worden.

Dennoch fordern wir die Bundesregierung auf, dieses Unrecht abzuschaffen und dafür zu sorgen, dass auch unter 18-jährige endlich Mindestlohn erhalten. Denn sie haben den gleichen Respekt und die gleiche Wertschätzung für ihre Arbeit verdient!



Bade-Enten Demo – digital | Foto: DGB-Jugend

AUF EINEN BLICK

Der DGB hat Infos, News und Fakten zum Thema Mindestlohn zusammengetragen:
www.dgb.de/schwerpunkt/mindestlohn





Kundgebungen und Demonstrationen in der Region

ORT	DEMO/ZEIT/ORT	KUNDGEBUNG	REDNER:IN
Düsseldorf	11:00 Uhr, DGB Haus	12:00 Uhr Johannes-Rau-Platz	Mohamed Boudih, Vorsitzender NGG NRW
Hilden		10:30 Uhr Alter Markt	Karin Erhard (Hauptvorstand IG BCE)
Krefeld	11:00 Fabrik Heeder	12:00 Uhr Stadtgarten	Christian Drelmann, EVG-Geschäftsstellenleiter
Mönchengladbach	12:00 Uhr, DGB Haus Rheydter Straße 328	12:30 Uhr Rheydter Markt	Marion Vittinghoff, stellv. Vorsitzende GEW NRW
Neuss	11:00 Uhr Neumarkt	11:30 Uhr Markt	Dominik Kofent, GF ver.di Linker Niederrhein
Solingen		10:30 Uhr Neumarkt	Annelie Buntensch
Remscheid	10:15 Uhr Markt	11:00 Theodor-Heuss-Platz	Hans Jürgen Urban, IG Metall Bundesvorstand
Velbert		11:30 Uhr Friedrich-Karrenberg-Platz	Podiumsdiskussion
Wuppertal	11:00 Uhr IGM Wuppertal	12:00 Uhr Laurentiusplatz	

HINWEIS: * Dies ist die vorläufige Planung!**
Bitte die aktuellen Planungen auf unserer Homepage verfolgen.

www.duesseldorf-bergisch-land.de



Unsere Gesichter vor ORT – Ideen zum 1. Mai

Die ehrenamtlichen DGB- Kreis- und Stadtverbandsvorsitzenden

„Corona ist schlimm, Krieg ist furchtbar. Vielen Menschen werden das Äußerste abverlangt. Das heißt für uns Gewerkschafter mehr denn je: Solidarität. GeMainsam durch diese düstere Zeit!“



Philipp Einfalt, DGB-Vorsitzender Krefeld | Foto: Maximilian König

„GeMainsam Zukunft gestalten und erfolgreich sein, geht nur mit Solidarität. Die DNA aller Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen!“



Udo Fischer, DGB-Vorsitzender Rheinkreis Neuss | Foto: privat

„GeMainsam Zukunft gestalten heißt für mich, solidarisch und mitbestimmt den Wandel der Arbeitswelt zu begleiten.“



Guido Grüning, DGB-Vorsitzender Wuppertal | Foto: Michael Tobias

„GeMainsam Zukunft gestalten heißt für mich, dass wir solidarisch zusammenstehen und geschlossen die Anforderungen der Zeit zum Wohle aller Menschen anpacken. Die Energiewende, steigende Energiekosten, Transformation der Arbeitswelt und eine bessere Tarifbindung muss Gemeinschaft angepackt werden.“



Peter Horn, DGB-Vorsitzender Solingen | Foto: privat

„GeMainsam Zukunft gestalten bedeutet für mich, dass genügend Geld für Investitionen für Kommunen und im sozialen Bereich bereitgestellt wird. Dies ist nur über Umverteilung möglich - Reiche müssen stärker beteiligt werden.“



Peter Lange, DGB Vorsitzender Remscheid | Foto: privat

„GeMainsam Zukunft gestalten bedeutet für mich, bei allen Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite nicht unter die Räder zu kommen und die Arbeitnehmerrechte zu stärken.“



Klaus Neufeldt, DGB-Kreisvorsitzender Viersen | Foto: privat

„GeMainsam Zukunft gestalten bedeutet für mich besonnen, zielstrebig, kämpferisch aber stets friedlich die großen Herausforderungen in unserer Gesellschaft zu bewältigen. Nur solidarisch und miteinander können wir das Ziel erreichen.“



Lena Reiter, DGB-Vorsitzende Kreis Mettmann | Foto: privat

„GeMainsam Zukunft gestalten heißt für mich, nicht in die militärische Aufrüstung, sondern in die Zukunft unserer Kinder zu investieren!“



Patrick Stock, DGB-Vorsitzender Mönchengladbach | Foto: privat



Wandel ist weiblich!

Internationaler Frauentag – Equal Pay Day



Anstrengung von Politik und Gesellschaft, damit unsere Arbeitswelt gerechter wird.

gleichberechtigte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, eine Stärkung der Tarifbindung, eine verbesserte Alterssicherung von Frauen und die gleiche Teilhabe an der politischen Macht.

Wir fordern

In Düsseldorf und Krefeld haben sich ein neues Frauen-Netzwerk bzw. ein Frauen-Ausschuss gegründet. Gemeinsam machen wir uns stark für die Rechte von Frauen. Wir setzen uns ein für Equal Pay und in NRW fordern wir ein Paritätsgesetz. Frauen müssen endlich die gleichen Chancen und die gleiche Entlohnung erhalten wie Männer. Denn, obwohl Frauen bessere und höhere Bildungsabschlüsse vorweisen, verdienen sie durchschnittlich 18 Prozent weniger als Männer und arbeiten fast doppelt so häufig zu einem Niedriglohn. Frauen erledigen nach wie vor einen Großteil der unbezahlten Sorgearbeit und sind seltener in Führungsetagen anzutreffen. Frauen sind daher deutlich häufiger von Altersarmut betroffen als Männer.

Klar ist: Der Wandel kommt nicht von allein. Es braucht eine gemeinsame

- gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Minijobs sozial absichern
- Soziale und personenbedingte Dienstleistungen besser absichern
- Gleiche Chancen in der digitalen Arbeitswelt
- Familienfreundliche Weiterbildungsangebote
- Frauenquote bei Weiterbildungen

Die Corona-Pandemie beispielsweise hat erwerbstätige Frauen wesentlich härter getroffen als Männer und überkommene Rollenbilder wieder verfestigt. Die DGB-Frauen in NRW beschlossen auf ihrer Konferenz deshalb einstimmig den Antrag des Bezirksfrauenausschusses und forderten eine

**Und - Wir sagen:
NEIN ZU GEWALT
AN FRAUEN!"**



Internationaler Frauentag



PIN-WAND

Mitglied werden!

www.dgb.de/service/mitglied-werden

**ZUKUNFT
GESTALTEN
WIR.**



DGB- Hoffest Let's talk about ...! "

11. August 2022, 18 Uhr

Nach zwei Jahren ungewollter Pause hoffen wir sehr, dass wir in diesem Jahr wieder im DGB-Haus in Düsseldorf mit vielen Gästen zwanglos zusammenkommen und uns gemeinsam austauschen und feiern können.

Landtagswahl

Kundgebung am 6. April 2022 des

Düsseldorfer Bündnisses für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch!

16 bis 18 Uhr vor dem Landtag Düsseldorf.



IMPRESSUM

„Maizeitung 2021“ DGB-Region Düsseldorf Bergisch Land

Herausgeber: DGB-Region Düsseldorf Bergisch Land,
Friedrich-Ebert-Straße 34-38, 40210 Düsseldorf duesseldorf@dgb.de

Auflage: digital als PDF

V.i.S.d.P.: Sigrid Wolf, DGB-Regionalschäftsführerin

Redaktion: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Herausgebers wieder.



